

HINTERGRUNDPAPIER

Die Ergebnisse des Klimagipfels COP22 in Marrakesch

Es geht ums Ganze: Ein Schub für internationale Kooperation nach dem Trump-Beben

Das Paris Abkommen ist der bisher ernsthafteste Versuch durch internationale Kooperation auf die globale Klimakrise zu reagieren und ist so schnell wie kein anderes UN-Abkommen zuvor nach weniger als einem Jahr nach Verabschiedung am 04.11.2016 in Kraft getreten. Der Klimagipfel von Marrakesch hat nun zumindest vorläufig gezeigt, dass dieser kooperative Ansatz auch nach dem in seiner Relevanz noch unabsehbaren Trump-Beben Bestand hat. Kein Staat hat Andeutungen gemacht, dass er nun im Engagement gegen die Krise nachlassen will. Im Gegenteil: Elf Staaten – darunter Australien und Großbritannien – ratifizierten das Abkommen nach der Präsidentschaftswahl in den USA. Selbst Saudi-Arabien kündigte nach der Trump-Wahl an, auf jeden Fall zu Paris und dessen Verpflichtungen zu stehen. Viele neue Selbstverpflichtungen für Erneuerbare Energien, Elektromobilität oder Anpassungsinstrumente wurden veröffentlicht. Fast 50 durch die klimawandelbedingte Destabilisierung besonders gefährdete Staaten haben den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas vor 2050 angekündigt.

Die gewählte US-Regierung, Kongress und Senat, demnächst vielleicht auch das höchste Gericht könnten den notwendigen Klimaschutz in Zweifel ziehen. Dies gilt aber nicht für die USA schlechthin. Eine Reihe von US-Staaten – allen voran Kalifornien –, zahlreiche US-Städte, Unternehmen und Investoren haben deutlich gemacht, dass sie sich weiter aktiv an der Bekämpfung der globalen Krise beteiligen wollen. Es gibt auch das "andere Amerika".

Schon als vor 15 Jahren der US-Präsident George W. Bush das Kyoto-Protokoll für tot erklärte, hat er die diesbezügliche politische sowie technische und ökonomische Dynamik unterschätzt. Heute scheint es fast unglaublich, dass ein US-Präsident, der Erfahrung als Geschäftsmann hat, freiwillig darauf verzichten will, Vorreiter einer neuen industriellen Revolution zu sein, die von Jahr zu Jahr mehr Potential entfaltet. Ein Blick auf die Ankündigung der "Mission Innovation Partners¹", die angekündigten ihr Budget zu verdoppeln, um innovative Technologien voranzutreiben, sollte eigentlich reichen, um das ökonomische Potential der großen Transformation aufzuzeigen.

Wie gut, dass Deutschland wenige Tage nach der US-Wahl eine Blamage abwenden konnte und einen ernsthaften, wenn auch abgeschwächten "Klimaschutzplan 2050" mit Sektorzielen für 2030 vorlegte. Damit stand Deutschland, das im Rahmen seiner G20-Präsidentschaft diese großen Emittenten auffordern will, bis spätestens 2018 ihren Klimaschutzplan 2050 vorzulegen, trotz dessen deutlicher Verschlimmbesserung, nicht als Kaiser ohne Kleider da. Neben Deutschland haben dann auch die G20-Länder Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Mexiko sowie die USA (nun vermutlich mit begrenzter Bedeutung) und die EU-Kommission ihren Langfristplan vorgelegt beziehungsweise formal angekündigt, China

¹ Eine weltweite Initiative von 22 Ländern und der EU zur drastischen Beschleunigung der globalen Innovation im Bereich saubere Energie; <http://mission-innovation.net>

und Indien haben dies informell getan. Aber auch Äthiopien, Chile, Costa Rica, Kolumbien, die Marshall Islands, Neuseeland, Norwegen, Peru, Schweden sowie die Schweiz haben ebenso wie weltweit 15 Städte, 17 Bundesstaaten beziehungsweise Regionen und 196 Unternehmen entsprechende Pläne angekündigt.

Geopolitische Implikationen der Klimapolitik

Wenn auch noch unklar ist, ob die neue US-Regierung in einem vierjährigen Prozess aus dem Paris Abkommen oder sogar aus der gesamten Klimarahmenkonvention aussteigen wird, ein Vakuum in der Führungsrolle für internationalen Klimaschutz wird Donald Trump allemal hinterlassen.

Der Ausgang des absehbaren Konflikts um die internationale Klimapolitik wird erhebliche geopolitische Konsequenzen haben. Die gelungene Implementierung des in Rekordzeit in Kraft getretenen Paris Abkommens wird nun zu einem wichtigen Symbol für die Zukunft der UN und des Multilateralismus. Zeigt nun die Weltgemeinschaft selbst angesichts einer zögernden bis bremsenden US-Großmacht, dass sie eine massive Destabilisierung der Welt durch einen davon galoppierenden Klimawandel nicht zulassen wird? In Marrakesch gab es viele Ankündigungen, die es nun gilt mit Substanz zu füllen. Wer wird außenpolitisch die Führung übernehmen, wenn – was absehbar ist – die US-Regierung anders als Obama und Kerry in den letzten drei, vier Jahren dies nicht mehr tut?

China hat deutlich gemacht, dass das Land Interesse hat, dieses Vakuum zu füllen und nun erstmals auch eine moralische Führungsrolle übernehmen könnte, die – ganz nebenbei gesagt – auch im ökonomischen Interesse der Nation liegt. Seit Jahren gibt es in der chinesischen Außenpolitik eine Debatte darüber, wie man dem Westen den Rang ablaufen könnte bei einem der Schlüsselthemen der "soft power". Eine Führungsrolle beim Kampf gegen die globale Klimakrise bietet nun die Chance dazu.

Als der chinesische Minister Xie Zhenhuain Marrakesch gefragt wurde, ob er der EU eine solche Führungsrolle zutraue, „prustete er vor Lachen“. Die EU hat in den letzten Jahren diese Führungsrolle, die sie lange innehatte, an die USA und China abgegeben. Will sie nun alleine China diese Rolle überlassen? Bisher zeigt die EU nach innen und außen jedenfalls nicht die notwendige Handlungsstärke, um die Tatkraft zur Eindämmung der Klimakrise zu demonstrieren. Doch nun muss sie sich entscheiden. China und Brasilien haben angekündigt, Paris als "Triumph des Multilateralismus" zu verteidigen. Die EU muss sich entscheiden, ob sie international weit beherzter als bisher zu einer Triebkraft für Multilateralismus, Menschenrechte, Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden will.

Frankreichs Präsident François Hollande, dessen Regierung den Klimagipfel von Paris durch ein diplomatisches Meisterstück zum Erfolg geführt hatte, kündigte an: „France, I can assure you this here, will hold this dialogue with the United States and its new President, openly, in respect, but with insistence and determination, on behalf of the 100 states that have already ratified the Paris Agreement“. Und er rief aus: „We are the guardians of the letter and spirit of the Paris Agreement“.²

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel bot dem US-Präsidenten Trump nach seiner Wahl eine wertebasierte Kooperation an, um die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen: „Germany and [the] USA are connected by values: Democracy, Freedom, Respect for the Rule of Law and Human Dignity – independent of where they come from, colour of skin, religion, gender, sexual orientation or political convictions. On the basis of these values, I offer the future President of the USA, Donald Trump, close cooperation [...]. The Partnership with the USA remains a corner stone of German foreign policy, to tackle

² <https://franceintheus.org/spip.php?article7811>

the great challenges of our time: the pursuit of economic and social welfare, the efforts for a provident climate policy, the fight against terrorism, poverty, hunger and diseases, the commitment for peace and liberty – in Germany, in Europe, and in the world”.³

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, beriefen sich auf die engen Verbindungen zwischen der EU und den USA und luden Trump zu einem EU-US-Gipfel ein. Der Brief fordert zu einer engen Kooperation auf „in dealing with unprecedented challenges such as [...] climate change“.⁴

Kann die EU wirklich eine Führungsrolle übernehmen? Der G20-Gipfel in Hamburg sowie der Klimagipfel in Bonn geben 2017 international die Gelegenheit dazu. Die Reform des Emissionshandels, die Verschärfung des Ziels für Energieeffizienz und die Regeln zur Überwachung der EU-Staaten bei ihrer Zielerreichung durch die Kommission sind eine erste interne Probe aufs Exempel. 2018 wird dann zum weiteren Lackmustest für diese Führungsstärke.

2018 - Grundlage für neues Klima-Momentum

Zum einen soll 2018 zum nächsten großen internationalen Momentum für den internationalen Klimaschutz führen: Dann liegt der Sonderbericht des Weltklimarates IPCC vor, der einerseits die destabilisierenden Risiken einer Welt mit einem Temperaturanstieg von mehr als 1,5°C bis 2°C und andererseits die noch möglichen Szenarien ernsthaften Handelns aufzeigen wird, um dies zu verhindern. Der Klimagipfel von Marrakesch hat auch beschlossen, dass dann das Regelbuch für die Umsetzung des Paris-Abkommens vorliegen soll. Es wird erwartet, dass bis dann die meisten G20-Länder, die etwa 80 % der globalen Emissionen verantworten, einen Klimaschutzplan 2050 vorgelegt haben werden.

Zum anderen wird 2018 Polen, das sich als Anführer der EU-Staaten etabliert hat, die eine EU-Führungsrolle im Klimaschutz verhindern wollen, diesen Klimagipfel ausrichten. Wenn es nun angesichts eines US-Präsidenten Trump darum gehen wird, die EU-Sicherheitspolitik – gerade auch in Solidarität mit den neuen mittelosteuropäischen Mitgliedsstaaten – neu auszurichten, dann sollte in den EU-internen Verhandlungen eine Strategie der Energie- und Klimasicherheit Teil der neuen Sicherheitskonzeption werden. Diese Energie- und Klimasicherheitsstrategie sollte die Interessen Polens berücksichtigen, sie aber nicht gegen das öffentliche Gut der Abwendung einer globalen Klimakrise ausspielen. Ein international als gescheitert angesehener Klimagipfel in Polen würde in dieser kritischen Phase zugleich einen dunklen Schatten auf die EU als eine ernsthafte Verteidigerin des Multilateralismus, des Klimaschutzes und auf ihre Fähigkeit zum Handeln werfen.

Wie der Historiker Niall Ferguson sagte: „The world is a big, bad place [...] and [...] the choice today is between national irrelevance and collective influence [...]”⁵

Es gibt keinen Grund, die vielfältigen Konsequenzen einer Trump-Wahl kleinzureden. Im Gegenteil. Aber wie bei jeder ernsthaften Krise gilt es zu überlegen, wie aus dem Mist von heute der Dünger für eine bessere Zukunft werden kann.

Zentrale Herausforderungen auf diesem Planeten lassen sich ganz offensichtlich nur durch internationale Kooperation, nicht durch nationale oder gar nationalchauvinistische Aktivitäten bewältigen. Die ungezügelte Globalisierung kann nicht durch eine Politik des an kurzfristigen nationalen Interessen orientierten

³ https://www.bundesregierung.de/Content/EN/Artikel/2016/11_en/2016-11-09-merkel-zu-us-wahl-trump_en.html

⁴ http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-16-3640_en.htm

⁵ <http://www.telegraph.co.uk/comment/personal-view/3640831/Europe-must-stop-fighting-itself.html>

Protektionismus, sondern nur durch internationale Kooperation anhand sozialer und ökologischer Kriterien überwunden werden. Der Klimawandel ist ein Musterbeispiel für ein Problem, das sich nur durch internationale Kooperation lösen lässt. Auch deswegen meinen viele nationalchauvinistische Akteure, sich als Leugner der globalen Klimakrise etablieren zu müssen. Denn angesichts dieses Problems versagt ihre an kurzfristigen nationalen Interessen ausgerichtete Politikkonzeption.

Zusätzlich destabilisiert das globale fossile Energiesystem durch die Kriege um Öl und fossiles Gas, durch den Ressourcenfluch und immer stärker durch den Klimawandel immer weitere Teile der Welt. Wer dem nicht eine überlegte Transformationspolitik in Richtung Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, in Richtung einer Kreislaufwirtschaft entgegensetzt, der legt die Grundlage für weit größere Destabilisierungstendenzen in absehbarer Zeit. Kooperation ist die Antwort darauf. Die wirkungsvolle Implementierung des Paris Abkommens ist der Lackmустest dafür. Eine Führungsrolle der EU würde weltweit zeigen, dass die EU, einst aus Kohle und Stahl geboren, nun auch eine Führungsrolle übernehmen kann, die sich an Menschenrechten, den Grenzen des Planeten sowie an den globalen Nachhaltigkeitszielen – den SDG-Zielen – als Kompass orientiert. Die von der globalen Klimakrise besonders gefährdeten Staaten bieten sich als Partner dabei an. Eine EU, die sich in dieser Form neu erfindet, kann der notwendige konstruktiv-kritische Gesprächspartner für China sein.

Marrakesch: Ergebnisse im Detail

Das Klimafinanzierungspaket

Wie schon in den Vorjahren war auch in Marrakesch die Klimafinanzierung ein heikles Thema. Vor allem der kurz vor der COP22 veröffentlichte 100-Milliarden-Dollar-Fahrplan war Gegenstand der Debatte um die Langfristfinanzierung. Aber auch die Berichterstattung von Klimafinanzhilfen und die Entscheidung über die zukünftige Verortung des Anpassungsfonds in der Klimafinanzierungs-Architektur entwickelten sich zu intensiv debattierten Themen in Marrakesch.

Die "Roadmap": Der 100-Milliarden-Dollar-Fahrplan

Die Entscheidung der COP22 zur Langfristfinanzierung begrüßt zwar die Veröffentlichung des 100-Milliarden-Dollar-Fahrplans, nicht jedoch die im Fahrplan angewandte Rechenmethode. Die OECD-Länder hatten ihren Fahrplan zur Erreichung der 100 Milliarden US-Dollar bis 2020 für Klimafinanzierung einige Tage vor der COP in Marrakesch veröffentlicht. Der im Fahrplan angewandten Rechenmethode entsprechend, sollen die öffentlichen Mittel für Klimafinanzierung von Industriestaaten für Entwicklungsländer bis zum Jahr 2020 auf jährlich 67 Milliarden Dollar steigen. Der Rest soll durch die Mobilisierung von privaten Mitteln aufgebracht werden. Von diesen 67 Milliarden Dollar sind allerdings nur rund 20 Milliarden Dollar für die Anpassung an den Klimawandel vorgesehen. Einerseits bedeutet dies zwar eine Verdoppelung der Finanzmittel für diesen Bereich bis zum Jahr 2020, andererseits würde so aber auch ab 2020 nur rund ein Fünftel der versprochenen 100 Milliarden Dollar in Form von öffentlichen Mitteln für Anpassung an den Klimawandel bereitgestellt werden. Die im Pariser Abkommen vereinbarte Balance zwischen Klimaschutz- und Anpassungsfinanzierung bleibt damit in weiter Ferne.

In Marrakesch forderten viele Entwicklungsländer daher nachdrücklich die im Fahrplan angestrebten 20 Milliarden Dollar für Anpassungsfinanzierung bis 2020 mindestens zu verdoppeln. Dies war auch der Grund dafür, dass in der COP22 Entscheidung zur Langfristfinanzierung nur die Einreichung des 100-Milliarden-Dollar-Fahrplans begrüßt wurde, nicht aber dessen geplante Ausgestaltung.

Berichterstattung der Klimafinanzhilfen

Durch die Entwicklung von Modalitäten, Prozessen und Richtlinien bei der Berichterstattung über Klimafinanzierung soll ein besserer Transparenzrahmen für die bereitgestellten Gelder für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen geschaffen werden. Was diese Berichterstattung für die Finanzhilfen betrifft, ist man in Marrakesch jedoch nicht weit fortgeschritten und das Thema wird daher im Mai auf den Zwischenverhandlungen in Bonn weiterdiskutiert.

Entscheidung zur Zukunft des Anpassungsfonds

Während der Green Climate Fund (GCF) und die Global Environmental Facility (GEF) im Pariser Abkommen das klare Mandat bekommen haben, als operative Einheit des Finanzierungsmechanismus der Konvention zu dienen, blieb die zukünftige Rolle und institutionelle Verortung des Anpassungsfonds nach der COP21 in Paris vorerst noch ungewiss. Während der zwei Verhandlungswochen in Marrakesch entwickelte sich die Entscheidung zur Zukunft des Anpassungsfonds zu einem hoch politischen Thema. Der Anpassungsfonds ist ursprünglich unter dem Kyoto Protokoll angesiedelt und steht unter dessen Autorität. Daher war nun in Marrakesch die Konferenz der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls gefragt, der Konferenz der Vertragsparteien des Pariser Abkommens eine Empfehlung zum zukünftigen Mandat des Anpassungsfonds auszusprechen. Im Pariser Abkommen heißt es: *„the Fund may serve the Agreement“* (der Fond könne/dürfe dem Abkommen dienen). Eine klare Vorgabe für das zukünftige Mandat des Anpassungsfonds bleibt damit aus. Die vergleichsweise schwache Sprache (*“may serve“*) müsste eindeutiger formuliert werden (*“should“ / “shall“*) um eine klarere Richtung vorzugeben.

Industriestaaten wiesen in der Diskussion um die Zukunft des Anpassungsfonds immer wieder darauf hin, die gesamte Klimafinanzarchitektur im Auge zu behalten und technische und rechtliche Einzelheiten im Vorfeld zu klären. Entwicklungsländer unterstrichen besonders den erheblichen Mehrwert des Anpassungsfonds zur Umsetzung des Pariser Abkommens. Der Fond kann ihrer Position nach entscheidend zum angestrebten Gleichgewicht in der Klimafinanzierung zwischen Anpassung an den Klimawandel und Emissionsminderung beitragen. Umwelt- und Sozialstandards, Gender-Richtlinien, die Modalität für Direktzugang zu Finanzierung für Entwicklungsländer und vor allem der Fokus auf besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen machen den Anpassungsfonds zu einem Pionier auf dem Gebiet mit dem andere Mechanismen zur Klimafinanzierung bisher nicht mithalten können. Mit seinen konkreten kleineren Vorhaben, die besonders auf arme und vulnerable Bevölkerungsgruppen abzielen, füllt er eine Nische in der Klimafinanzierungsarchitektur, die andere Fonds nicht abdecken.

Spät in der Nacht während der letzten Stunden der Klimakonferenz in Marrakesch kam die Konferenz der Vertragsstaaten des Pariser Abkommens dann doch noch zu einer Entscheidung in der es heißt: *„the Adaptation Fund should serve the Paris Agreement“* (der Anpassungsfonds soll dem Pariser Abkommen dienen) in Anlehnung an weitere Entscheidungen die 2018 auf der COP24 zur Struktur des Verwaltungs- und Entscheidungsorgan des Fonds, weiteren institutionellen Regelungen sowie zu Umwelt- und Sozialstandards (Safeguards) und operierenden Modalitäten des Fonds getroffen werden sollen. Die Ad-hoc Arbeitsgruppe zum Pariser Abkommen (APA) wurde von der COP beauftragt, sich mit diesen aufgelisteten Aspekten zu beschäftigen. Diese Entscheidung war ein erster und wichtiger Schritt für den Fonds auf seinem Weg in Zukunft dem Pariser Abkommen zu dienen.

Bemerkenswert war zudem, dass der Anpassungsfonds mit 81 Millionen US-Dollar die Zielsetzung seiner Fundraising-Kampagne im Laufe der zweiten Woche der Verhandlungen sogar übertraf. Die deutlich größte Finanzzusage machte Deutschland mit insgesamt 50 Millionen Euro. Aber auch die Beiträge der Regierungen von Schweden, Italien und den belgischen Regionen Wallonien und Flandern trugen entscheidend zu diesem Erfolg bei. In Zukunft muss jedoch eine langfristige Finanzierungsstrategie für den Anpassungsfonds erarbeitet werden. In Marrakesch geriet diese Diskussion jedoch leider in den Hintergrund.

Klimawandelbedingte Schäden und Verluste

Es war eine Erwartung an die COP22 das Thema "Klimawandelbedingte Schäden und Verluste" (engl. Loss & Damage) entscheidend nach vorne zu bringen – einerseits hinsichtlich des Arbeitsplans für die nächsten fünf Jahre zu dem Thema innerhalb der UNFCCC⁶, und andererseits bezüglich der Überprüfung des internationalen Warschau Mechanismus (WIM)⁷, durch die sich einige Akteure eine Stärkung des Themas innerhalb der UNFCCC-Verhandlungen gewünscht haben. Nach intensiven Verhandlungen konnte zu beiden Themen eine Einigung erzielt werden.

Zunächst werden 2017 noch die bisher nicht erledigten Aufgaben des Warschau Mechanismus fortgeführt. Darüber hinaus wurden Themenbereiche für Aktivitäten im nächsten 5-Jahresplan festgelegt; diese sind nun nach Eingaben durch Länder und Beobachter bis zum 28. Februar 2017 mit entsprechenden Aktivitäten-Vorschlägen gefüllt worden. Außerdem wurde entschieden das Thema "Steigerung der Unterstützung" im Arbeitsprogramm durch ein strategisches Programm zu stärken.

Bezüglich der Überprüfung der Arbeit des WIMs konnte, gerade auf Druck der kleinen Inselstaaten und anderer Entwicklungsländer, sich geeinigt werden, ab 2019 eine ständige Überprüfung der Arbeit des WIMs alle fünf Jahre durchzuführen. Zur weiteren Klärung der strittigen Frage, ob durch Loss & Damage ein eigener Finanzierungsanspruch entsteht, soll das UNFCCC-Sekretariat im Jahr 2018 ein technisches Papier vorlegen, welches die Finanzflüsse, bezogen auf klimawandelbedingte Verluste und Schäden, durch den Finanzmechanismus der UNFCCC aufschlüsselt. Bezüglich der Überprüfung der schon bisher erreichten Arbeit des WIM wurde geschlussfolgert, dass weitere Arbeit besser priorisiert werden kann, dass weitere Expertengruppen oder andere Untergruppen eingerichtet werden sollen und dass das Exekutivkomitee des WIM gerade die Beziehungen zu wissenschaftlichen Institutionen steigern soll.

Zwar wurde dem Thema Loss & Damage im Paris Abkommen ein eigener Artikel eingeräumt, und auch der Warschau Mechanismus als zentrale Institution bestätigt, trotzdem ist das Thema klimawandelbedingte Schäden und Verluste nicht als eigenständiges Thema in der Architektur des Paris Abkommen enthalten (es gibt weder ein korrespondierendes Langfristziel, noch ist Loss & Damage Teil der globalen Überprüfung (Global Stocktake) die wiederum Teil des 5-jährlichen Ambitionsmechanismus ist). Dennoch ist insgesamt das Ergebnis als positiv zu werten. Auch wenn Loss & Damage nicht Teil des Global Stocktakes ist, beinhaltet die Entscheidung von Marrakesch dennoch den Auftrag für eine regelmäßige Überprüfung, wodurch das Thema entscheidend aufgewertet wurde.

Die nächsten Schritte für das Exekutivkomitee sind neben der detaillierteren Ausgestaltung des Arbeitsplans, das Aufsetzen und Starten der in Paris entschiedenen Maßnahmen bezüglich eines "Clearing House" für Risikotransfermaßnahmen, aber die Einrichtung der Arbeitsgruppe zu klimawandelbedingter Vertreibung.

⁶ 3/CP.22:

http://unfccc.int/files/meetings/marrakech_nov_2016/application/pdf/auv_cop22_i7_wim1.pdf

⁷ 4/CP.22:

http://unfccc.int/files/meetings/marrakech_nov_2016/application/pdf/auv_cop22_i7_wim2.pdf

Weitere Entscheidungen

Anpassungsrelevante Entscheidungen gab es bezüglich des Anpassungskomitees⁸ sowie der Nationalen Anpassungspläne.⁹ Im Anpassungskomitee haben sich die Länder darauf geeinigt, dass die Verzahnung mit dem Nairobi Work Programme (Wissensmanagement zu Klimawandelfolgen) sowie die Priorisierung der Aktivitäten, die im Paris Abkommen mandatiert wurden, besser ausgestaltet werden sollen. Es wurde sich außerdem darauf geeinigt die Arbeit des Komitees 2021 einer Überprüfung zu unterziehen. Die Diskussionen zu Nationalen Anpassungsplänen mündeten nicht in eine konkrete Entscheidung. Vielmehr soll nach der Entscheidung im Sommer 2016 die Erstellung entsprechender Plänen durch den GCF mit drei Millionen US-Dollar pro Land zu fördern, konkrete Erfahrungen abgewartet werden.

Eine erfreuliche Entwicklung konnte im Bereich **Gender** herbeigeführt werden¹⁰. Generell geht es bei diesem Punkt darum, zum einen die Genderdimension im UNFCCC Prozess (z. B. ausgeglichene Vertretung von Frauen und Männern in Gremien der UNFCCC oder Länderdelegationen) zu beleuchten, als auch die Genderdimension von Klimapolitikprozessen zu verbessern. In Marrakesch wurde entschieden, das schon 2014 initiierte Aktionsprogramm fortzuführen. Dies sieht unter anderem einen jährlichen Bericht des Klimasekretariats zu der Genderverteilung im UNFCCC Prozess vor. Außerdem müssen alle zwei Jahre Fortschritte zusammengetragen werden, z. B. wie die Fonds wie GCF und GEF gendersensible Projekte fördern.

⁸ 5/CP.22:

http://unfccc.int/files/meetings/marrakech_nov_2016/application/pdf/auv_cop22_i6_adaptation_committee.pdf

⁹ 25/CP.22:

http://unfccc.int/files/meetings/marrakech_nov_2016/application/pdf/auv_cop22_i3b_national_adaptation_plans.pdf

¹⁰ 20/CP.22:

http://unfccc.int/files/meetings/marrakech_nov_2016/application/pdf/auv_cop22_i15_gender_and_climate_change_rev.pdf

AutorInnen: Christoph Bals, Sönke Kreft, Lutz Weischer, Julia Grimm und David Eckstein

Redaktion: Hanna Fuhrmann

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/14298

April 2017

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Gefördert von Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie Brot für die Welt.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

**Brot
für die Welt**

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Germanwatch verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des BMZ oder Brot für die Welt wieder.